

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 1

Buchbesprechung: Buchbesprechungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Buchbesprechungen

Erich Gruner: Die Parteien in der Schweiz. (Helvetica Politica Series B-Vol. IV) Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Francke Verlag Bern 1977, 351 Seiten, Fr. 34.–. Verfasser dieses wichtigen Standardwerkes ist Erich Gruner, der bekannte Forscher auf dem Gebiet der Politik, wie der Sozialgeschichte (zum Beispiel des monumentalen Werkes über «Der Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert»). Die Erstausgabe über «Die Parteien in der Schweiz» erschien 1969 und wurde seinerzeit eingehend besprochen (Gewerkschaftliche Rundschau 1969, S. 230 f.). Aus diesem Grunde verweisen wir vorwiegend auf die gegenüber der Erstausgabe eingetretenen Veränderungen und Erweiterungen.

Der Verfasser stellt starke Veränderungen im Spektrum der politischen Parteien im Laufe der letzten 10 Jahre fest, was ihn veranlasst einzelne Teile und Kapitel zu überarbeiten und zu ergänzen, sowie durch einen umfangreichen, als «Nachtrag» bezeichneten Teil zu erweitern, worin neue Forschungsergebnisse und aktuelle Fragen behandelt werden. Auch die reichhaltige Bibliographie wird auf den neuesten Stand gebracht, so dass die Neuauflage gesamthaft gesehen wieder zu einem unentbehrlichen Werkzeug für Politiker und politisch interessierte Zeitgenossen geworden ist. In den bisherigen Teilen 1 und 2 über Grundlegung und Aufriss, Ursprung und Wandlungen (bis S. 179) wurde hauptsächlich das Zahlenmaterial der Tabellen ergänzt (bis 1975), dagegen das Kapitel über Wahlen, Volksabstimmungen und Parteien (S. 180–200) neu formuliert, ebenfalls im dritten Teil (Das innere Leben der Parteien) die Kapitel II und III über «Die Funktion der Partei in der Willens- und Meinungsbildung der Demokratie» und «Das Parteivolk und seine Gliederung», (S. 215–265). Hier sind die Ausführungen über Parteifinanzen und Parteipresse, inklusive das oft erwähnte Sterben der Parteipresse, von besonderem Interesse; nicht weniger der Abschnitt über «Jugend und Parteipolitik.»

Im «Nachtrag» werden neue Forschungsergebnisse der Partei- und Wahlforschung auch über das Ausland angeführt. Von besonderer Aktualität sind Gruners Feststellungen im Kapitel über «Das veränderte Gesicht der schweizerischen Parteien», wo über die Gründung neuer und Umorientierung historischer Parteien trübe und gewichtige Ergebnisse scharfsichtiger Forschung ausgearbeitet werden. «Heisse Eisen» greift der Verfasser an, wo er auf die Frage der verfassungsmässigen Verankerung der Parteien und die staatliche Parteifinanzierung zu sprechen kommt. Gruner erachtet die Funktionstüchtigkeit der Parteien weitgehend als ein Problem ihrer Finanzen. Mit einem Ausblick über die eigenen Grenzen und in die Zukunft endet das Buch wie folgt:

«Ein Blick auf den Welthorizont kann uns zum Bewusstsein bringen, wie schwerwiegend die Folgen sein werden, wenn sich Staat und Öffentlichkeit weiterhin so negativ zur Stützung der Parteien verhalten. Wir leben tagtäglich in der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten des Ostens. Wir können beispielhaft beobachten, dass die dortigen Bürger nur dank dem Transmissionsriemen der Partei in ein Verhältnis zum anonymen Planstaat gebracht werden. Wir werden im Wettbewerb der beiden Systeme dauernd benachteiligt sein, wenn wir der dortigen intimen Verbindung von Staat und Partei nicht etwas Gleichwertiges, unsern eigenen Verhältnissen Entsprechendes gegenüberzustellen haben. Denn ohne diese Transmissionsriemen könnte sich die Kluft zwischen Bürger und Staat verhängnisvoll auswirken.»

W. Keller

Entwicklungsorientierte Handelsförderung im Dilemma

Zu einer Studie des Instituts für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Verfasser: R. H. Strahm, 91 Seiten, Fr. 12.–

Zur Entwicklungspolitik gehört auch die Förderung des Imports aus den Entwicklungsländern. Was könnte für diesen Import in der Schweiz unternommen und in welcher Art und Weise sollte er gefördert werden? Nur nach dem Grundsatz: je mehr Handel

und Import, desto besser für die Entwicklungsländer –, oder muss zuerst kritisch nach einer entwicklungspolitisch sinnvollen Importförderung, nach Kennzeichen einer vernünftigen Importauswahl gefragt werden? Mit diesen wichtigen und nicht leicht zu beantwortenden Fragen beschäftigt sich R. H. Strahm in seiner Studie.

Er geht von der sozialpolitisch und sozialetisch richtigen Erkenntnis aus, dass Entwicklungspolitik nicht nur Wachstumspolitik, also primär Steigerung des Sozialproduktes sein darf. Die Entwicklungspolitik muss auch verteilungs- und sozialpolitisch orientiert sein, an Arbeitsbeschaffung, an gerechte Verteilung des Sozialproduktes, an eine dem ganzen Volk dienende und zweckmässige Zusammensetzung des Sozialproduktes und an die Beseitigung der Massenarmut in den Entwicklungsländern denken. Folglich hat sich auch die Förderung der Exporte der Entwicklungsländer in diesem Sinne auszurichten – und nicht nur rein devisa- und wachstumspolitisch – oder gar nur nach den export- und importwirtschaftlichen Interessen der westlichen Länder und der Schweiz. Rein wachstumspolitisch orientierte Export- und Handelsförderung begünstigt, wie die Erfahrung leider beweist, vor allem die reichen städtischen Oberschichten in den Entwicklungsländern und vergrössert daselbst noch den Graben zwischen Reichen und Armen, ebenso zwischen bereits besser entwickelten mehr städtischen und noch sehr unterentwickelten ländlichen Gebieten. Es sollte deshalb vor allem der Export jener Produkte gefördert werden, die arbeitsintensiv hergestellt werden, die eine Ausstrahlung haben auf die schon vorhandenen Produktionszweige, die den einheimischen Markt an knappen lebensnotwendigen Gütern nicht konkurrenzieren beziehungsweise abräumen und vorwiegend in Kleinbetrieben hergestellt werden können. Solche Produkte wären zum Beispiel die Erzeugnisse der Textil-, Leder-, Holz- und Nahrungsmittelverarbeitung. Es darf auch nicht der Export von Kaffee, Baumwolle, Erdnüssen, Bananen usw. auf Kosten der landwirtschaftlichen Selbstversorgung forciert werden. Die Förderung des Exportes der Entwicklungsländer hat also eine gleichwertige Entwicklung der Volkswirtschaft der Entwicklungsländer im Auge zu behalten. Andererseits darf man nicht übersehen, dass die Entwicklungsländer auch Devisen benötigen für Importgüter und deshalb auch stets nach dem besten Verhältnis zwischen der Produktion für den Export und jener für den eigenen Bedarf suchen müssen.

Nach einer aufschlussreichen Orientierung über internationale und ausländische Institutionen, die sich zum Ziele gesetzt haben, den Import von Produkten der Entwicklungsländern zu fördern, befasst sich R. H. Strahm mit der entwicklungsorientierten Handelsförderung in der Schweiz. Er bespricht kurz die Importhilfen privater Organisationen und setzt sich besonders auseinander mit der Exportförderung durch den Bund und die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, die von der schweizerischen Exportwirtschaft und vom Bund getragen wird. R. H. Strahm vermisst in der Schweiz eine Handelsförderung mit den Entwicklungsländern, die sich an einem klaren und sozial ausgerichteten entwicklungspolitischen Konzept orientiert, wie es oben dargestellt wurde. Er weist darauf hin, dass die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung vor allem eine liberale Wirtschaftspraxis befolgt: Wer sich Zugang zu unseren Märkten beschaffen will, soll sich auf dessen Anforderungen einstellen; möglichst keine Eingriffe in das Marktgeschehen; der Hilfe-Gedanke beim Marktzugang wird verworfen, der Markt sei nun einmal «hart». –

Die Studie von R. H. Strahm orientiert nicht nur gut über alle Fragen der Förderung des Imports aus den Entwicklungsländern. Sie drängt einem auch zwei Schlussfolgerungen auf, die es verdienen, noch besonders formuliert zu werden: 1. Wettbewerb und Markt funktionieren nur dann sinnvoll und sozial gerecht, wenn sie bewusst gelenkt werden auf das Gemeinwohl hin durch den Staat, durch sozial gesinnte Bevölkerungsgruppen und Institutionen. 2. Entwicklungshilfe ohne eine gute Kombination von Markt und Sozialplan wird nur die westliche kapitalistische Wirtschaft in den Entwicklungsländern reproduzieren.

M.